

**Thementag Mittelstand am 03.09.2019**

Am 18.09.2019 fand ein Thementag des BDSV zum Thema „Exportkontrolle“ statt. Die einzelnen Themenblöcke umfassten branchenrelevante Exportthemen der Praxis, ... gefolgt von einem 360-Grad-Blick auf das Thema Rüstungsexport im kritisch-politischen wie auch ethischen Umfeld. Hierzu konnten Referenten aus Kirche, Parteien und Wissenschaft gewonnen werden. Insgesamt gab es eine ganze Reihe von Themen hoher Aktualität: zu diskutieren:

- Schneller als gedacht kommt nach der Europawahl und der Benennung der Kommission wieder Bewegung in die Novellierung der EU-dual-use-Verordnung
- Der Evaluierungsprozess der Post-Shipment-Kontrollen, die wir seit 2015 bei Kleinwaffen haben, hat begonnen
- Der Europäische Rat hat sich auf eine Überarbeitung des Gemeinsamen Standpunktes der EU von 2008 geeinigt
- Die Bundeskanzlerin hatte am Vortag mit einem deutlichen „Basta“ die Diskussion um ein Ende des Moratoriums für Exporte nach Saudi-Arabien beendet. Noch während der Veranstaltung wurde die Verlängerung der Ruhensanordnung bekannt
- Deutschland und Frankreich stehen kurz vor dem Abschluss der Gespräche über die Harmonisierung von Rüstungsexportregeln für gemeinsame Rüstungsprojekte, so berichten es wenigstens französische Zeitungen

Der Vertreter des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) stellte die komplexen Regularien für Technologietransfer dar. Was viele nicht wissen, allein die Übermittlung von technisch relevanten Informationen fällt unter die Exportkontrolle, so kann ein Laptop nicht einfach mit ins Ausland genommen werden, wenn dort signifikante Daten vorhanden sind oder gegebenenfalls auf das Unternehmensnetzwerk zugegriffen werden kann. Hier setzen die deutschen Exportkontrollbestimmungen bereits sehr früh an.

Scharf kritisiert wurde das derzeitige Vorgehen der Bundesregierung vor juristischen Gesichtspunkten hinsichtlich der bestehenden und inzwischen verlängerten Ruhensanordnung. Es wurde hervorgehoben, dass eine „Aussetzung“ von bereits erteilten Genehmigungen im Verwaltungsverfahrensgesetz nicht vorgesehen ist und dies kein rechtskonformes Verhalten seitens der Regierung darstelle. Es bestände lediglich die Möglichkeit zu widerrufen, dies würde aber auch Konsequenzen, wie beispielsweise Schadensersatzleistungen für die Unternehmen nach sich ziehen.



Besonderes Interesse fanden die Vorträge der abrüstungspolitischen Sprecherin von Bündnis90/Die Grünen, Katja Keul MdB, sowie dem Prälaten Dr. Martin Dutzmann, Co-Vorsitzender der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), die ihre rüstungsexportkritischen Thesen vorstellten.

Bemerkenswert immerhin die Aussage der Abgeordneten Keul: „Wir brauchen eine Bundeswehr und um diese vernünftig auszustatten, brauchen wir auch eine Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. So stimmte Frau Keul auch der juristischen Einschätzung zu, dass derzeitige Prozedere, Genehmigungen auszusetzen und nicht eindeutig zu widerrufen, rechtswidrig sei. Sie forderte hier eine klare Entscheidung seitens der Bundesregierung. Emotional wurde der Beitrag von Prälat Dr. Martin Dutzmann, der ein Plädoyer für ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz hielt, dabei aber auch nicht die Notwendigkeit einer deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie bestritt.

Prof. Dr. Joachim Krause, Direktor des Institutes für Sicherheitspolitik an der Universität in Kiel, betonte hingegen, dass derzeit keine deutschen Großwaffensysteme in Kriegen involviert sind und der Anteil Deutschlands an Exporten von Kleinwaffen unter 1% liegen dürfte. Somit würden heutige Konflikte überwiegend mit Kleinwaffen aus dem Ostblock, China, Russland oder Iran bestritten werden. Damit sei auch die These: „Deutsche Waffen schaffen Fluchtursachen“ folgerichtig nicht korrekt.

Geschlossen wurde die Veranstaltung mit einer außenpolitischen Betrachtung. Dr. Gustav Gressel, Geschäftsführer & Senior Policy Fellow aus Berlin Office des European Council on Foreign Relations (ECFR) ging auf die strategische Inkohärenz ein und Frau Dr. Julia Monar, Beauftragte für Exportkontrolle aus dem Auswärtigen Amt sprach über aktuelle Entwicklungen der Rüstungsexportkontrolle in Deutschland, Europa und im internationalen Kontext